

Tanner zur Wehrpflicht: Sparen, Debatten und keine Frauenpflicht!

Verteidigungsministerin Tanner äußert sich zur Wehrpflicht in Österreich und den wirtschaftlichen Herausforderungen, die damit verbunden sind.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) äußerte sich in der Ö1-Reihe „Im Journal zu Gast“ hinsichtlich der Wehrpflicht zurückhaltend. Trotz des Drucks von Militärs, die eine Verlängerung des Präsenzdienstes um ein oder zwei Jahre befürworten, betont Tanner, dass sie auch die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigen muss. In diesem Zusammenhang verweist sie auf eine bereits eingesetzte Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema auseinandersetzt. Ob und wie sich die Wehrpflicht weiterentwickeln könnte, bleibt fraglich.

Tanner hat zudem klargestellt, dass sie eine Wehrpflicht für Frauen ablehnt, solange keine vollständige Gleichberechtigung

erreicht ist. Ihr Ministerium plant Einsparungen, die in erster Linie Beratungsleistungen, Inserate und Dienstreisen betreffen sollen. An der Strukturierung von Veranstaltungen werde ebenfalls gearbeitet; geplant ist, mehr Events unter der Woche stattfinden zu lassen, um Kosten für Mehrdienstleistungen zu reduzieren. Ihre Aussagen zur Luftfahrtschau Airpower, die im kommenden Jahr stattfinden soll, bleiben vage, wobei sie auf die involvierten Sponsoren und die steirische Landespolitik hinweist.

Wehrpflicht im deutschen Kontext

Im Gegensatz dazu positioniert sich Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius in Deutschland zur Wehrpflicht. Er hat bereits 2023 Konzepte wie „Kriegstüchtigkeit“ für die Bundeswehr und „Wehrhaftigkeit“ für die Gesellschaft in der sicherheitspolitischen Diskussion angesprochen. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage wird über die Notwendigkeit einer Gesamtverteidigung diskutiert. Die gesellschaftlichen Erwartungen an den Wehrdienst werden in der Öffentlichkeit regelmäßig thematisiert.

Die Debatte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht ist nicht neu. Die AfD betrachtet die Aussetzung als einen Fehler und erhält Unterstützung von konservativen Parteien. Der neue Wehrdienstansatz, der auf Freiwilligkeit setzen soll, wurde am 6. November 2024 als Kabinettsbeschluss bekannt gegeben. Alle jungen Menschen ab 18 Jahren werden von der Bundeswehr kontaktiert, um einen Fragebogen auszufüllen. Männliche Bewerber sind zur Antwort verpflichtet, während Frauen freiwillig teilnehmen können. Die Dauer des Dienstes liegt zwischen 6 und 23 Monaten.

Gesellschaftliches Engagement und Sicherheit

Trotz der Informationsangebote zeigen Umfragen, dass Wehrdienst nicht als notwendig für gesellschaftliches

Engagement angesehen wird. Die Generation Z zeigt ein starkes Interesse an politischen Themen wie Klimawandel und sozialen Spannungen. Sorgen um Krieg, Armut und Umweltverschmutzung sind ebenfalls gestiegen, laut der Shell Jugendstudie 2024. Dennoch gibt es eine steigende Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitgestaltung, und die Bewerberzahlen bei der Bundeswehr sind von 2023 bis 2024 um 15 Prozent gestiegen.

Die Diskussion über die Wehrpflicht könnte vor den Neuwahlen 2025 wieder an Intensität gewinnen. Das Thema Wehrgerechtigkeit und die Ungerechtigkeiten innerhalb der Wehrpflicht bleiben zentral. Historisch war die Wehrpflicht oft mit dem Nationalstaat und Männlichkeitsidealen verknüpft. Kritische Diskurse über den Wehrdienst sind in liberalen Demokratien nicht neu und fordern einen Gesellschaftsdienst, der auch zivilen Dienst umfasst.

Abschließend wird klar, dass die Herausforderungen für die Sicherheitsarchitektur Deutschlands sowohl militärische als auch nicht-militärische Aspekte umfassen. Der neue Wehrdienstansatz soll bürgerliche Freiheiten wahren und gleichzeitig den militärischen Notwendigkeiten Rechnung tragen. In Anbetracht dieser komplexen Fragestellungen bleibt die Diskussion über verpflichtende Wehrdienste und die Rolle der Freiwilligen in der Bundeswehr und Gesellschaft von großer Bedeutung.

Die sorgfältige Balance zwischen Sicherheitsbedarf und gesellschaftlichen Normen wird in den kommenden Jahren entscheidend sein, um eine handlungsfähige und wehrhafte Gesellschaft zu gewährleisten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at